

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Erscheinungstage: täglich von 7.12.-1.1. Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschaft“
jeden Freitag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 8407
Postfachkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 183 Halle, Freitag, den 6. August 1920 4. Jahrgang

Gefahren im Osten.

In Belpolen politischer und wirtschaftlicher Natur besteht kein Mangel. Sie verdrängen sich in geradezu beängstigender Weise. Europa seufzt nach einer Erholung aus dem gefährlichen Fragenkomplex, Sieger und Besiegte leiden zugleich unter einem engherzigen Druck, und jeder Anlauf, dem Wirrisis zu entkommen, fördert neue Hemmnisse zutage. Die schwarzen Wolken, die sich um den Boden des europäischen Herrensystems, um Deutschland, zusammenfüllen, erfordern erneut unsere gespannte Aufmerksamkeit. Das deutsche Volk scheint sich noch nicht klar zu sein, in welchem Gefahrenkreise es sich bewegt, weshalb gilt es heute, auf die drohenden Gefahren, welche sich für unsere Republik aus dem Symploem ergeben können, unter ganzem Augenmerk zu richten.

Ueber Russlands Absichten wissen wir gegenwärtig, daß wir nicht wissen. Die Ziele der Sowjetregierung sind uns unbekante Größen. Fest steht, daß die russische Armee bisher unsere Grenzen unbedingt geschützt und daß für uns gegenüber dem russisch-polnischen Krieg strikte Neutralität die Hauptaufgabe ist. Der Außenminister Dr. Simons hat kürzlich einem Befrager erklärt, daß er diese Stellungnahme Deutschlands unerbittlich bewahren wird. Aber wir sind hierbei auch nur der leidende Teil. Der Gehärdeten ist darin zu erblicken, daß Frankreich mit Zugsaugen jede Bewegung der russischen Wehrmacht beobachtet. Nach Zeitungsmeldungen sind starke Truppenzusammenziehungen der Franzosen am Rhein vorgenommen worden, die sich naturgemäß nur gegen Rußland richten können. Jedes Vorgehen der russischen Wehrmacht gegen unsere Grenzen würde somit für Rußland gefährliche Gefahren heraufbeschwören.

Minister Simons hat bereits darauf hingewiesen, daß der Bürgerkrieg die Folge davon wäre, wollte die Entente unter Hand als Aufmarschgebiet benutzen. Wir haben kein Interesse daran, in einen neuen Krieg hineingerissen zu werden. Gewiß, die Erfüllung des Friedensvertrages stellt uns vor unlösliche Aufgaben. Es ist gar keine Aussicht vorhanden, auf Grund dieses wahrheitsgemäßen Diktats von Versailles und Spa in nächster Zukunft unsere wirtschaftliche und politische Lage auf gesunde Füße zu stellen. Wir sind in Wahrheit ein geknechtetes Volk. Trotz alledem und alledem würde aber jeder Krieg unsere Basis keineswegs bessern, sondern noch viel schlimmere Nachteile im Gefolge haben. Ein Strafpunkt und irreführender Gedanke, wenn man manche Leute bei uns auf Kolportage gehen, wenn sie vernehmen, bei einem Kriege zwischen der Entente und Rußland, der auf jeden Fall Deutschland um Zerstörung der Kämpfe machen würde, irgendwelche Versicherungen von dem letzten Grunde zu erlangen. Wir müssen ein für allemal die Auffassung aus unserem Denken verbannen, als ob ein politisches Bündnis mit Rußland uns nützen könnte. Das Bestreben Deutschlands muß einzig und allein darauf gerichtet sein, baldigt wirtschaftliche Beziehungen mit dem Sowjetstaat anzuknüpfen, was sicherlich dessen Interesse ebenfalls entgegenkommt. Umsover mehr können wir deshalb verlangen, auf der Konferenz der russisch-polnischen Friedensverhandlungen vertreten zu sein. Es ist schwer verständlich, daß Rußland hierauf nicht genügend Gewicht legt, obgleich Lenin erst kürzlich äußerte, daß er von dem Wert guter Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten durchdrungen ist.

In der nationalitätlichen Presse kann man seit einiger Zeit eine verdrängte Stimme nach Rußland hören. Diese Erscheinung ist bei den schwärzenden Wolken des Bolschewismus nicht so augenfällig, daß sie brachte die Zeitung Tageszeitung „ein Mittel über die Dittirone, der als in die überhörte war. In verdrängter Weise wird darin angedeutet, daß wir im gegebenen Moment „hau-den“ müssen. In gut Deutsch bringt heißt das, wir sollen uns in ein neues Kriegsbündnis einlassen, um dadurch den Plänen der Reaktion in Deutschland Vorstoß zu leisten. Gegen diese Kriegsoption gilt es von allen Ernstlichen, die die Republik nicht zu einem Spielball schmerzlichen internationalen Streitens machen wollen, mit aller Schärfe Front zu ziehen. Wo sich auch nur eine solche Propaganda zeigt, muß sie mit Entschiedenheit bekämpft werden.

Weber sind es nicht nur Reaktionen, welche dergleichen Forderungen auf Rußlands Vorgehen setzen, sondern auch die Interessen von links. In Deutschland tritt eine Gruppe unter dem Kommando, die ganz ihrem kriegerischen Aufwachen mit Rußland das Wort reden, indem sie glauben, dadurch die Weltrevolution zu entfachen. Kein geschäftsmäßig werden diese Beiführer von einem Teil der radikalen Arbeiterklasse unterstützt, die sich immer in dem Wahn befinden,

eine Rätefiktur a la Rußland bringt ihnen den bisher ausgeübten Revolutionserfolg. Die leider immer wieder möglich werdenden Putsche, wie letzthin in Bittau, haben in jener Auffassung ihren Ursprung. Es ist nicht ungewiss anzudeuten, daß dieser Teil der Arbeiterklasse sich einem rüstigen Vorgehen über unsere Grenzen gern unterwerfen würde. Wir sehen daran, daß nicht nur von außen Gefahren drohen, sondern auch aus der innerpolitischen Konstellation.

Unsere Aufgabe muß deshalb sein, die Volksmassen von jedem gefährlichen Gedanken bei Behandlung der Dittirone zu befreien und über die nicht ausbleibenden Folgen jedes bloßen Spielens mit dem Gedanken eines neuen Krieges klar zu machen. Deutschland hat nichts zu gewinnen, durch Aufnahme seiner Neutralität als eines zu verlieren. Wir Sozialdemokraten sind nicht nur aus humanen Gründen unbedingt Pazifisten, sondern aus der richtigen Erkenntnis, daß jeder Krieg ein Zerstörer ungeheurer Werte ist, die zur Entwicklung der Kultur unbringender verwandt werden können. Das Weltproblem kann nimmermehr durch weitere gegenseitige Vernichtung, sondern nur durch internationale Sammlung aller vorhandenen Energiequellen gelöst werden.

Es ist verfehlt, jetzt über die Dittirone irgendwelche Kombinationen zu drehen und sich prophetisch zu ergen. Der östliche Horizont ist mit schwarzen Wolken behangen, die eine kühle, nüchternere Beobachtung erfordern. Das ist verstanden für uns die einzige Tatsache. Wenn wir irgendeine Aktivität entwickeln wollen, so kann es nur die Zuneigung einer strikten Neutralität sein. Lassen wir uns durch keine noch zu verführerisch erscheinenden Pläne nationalitätlich oder bolschewistisch angehauchter Köpfe von dieser Stellungnahme verdrängen.

Minister Dr. Simons über die ernste Lage im Osten.

Minister des Auswärtigen Dr. Simons gab in der getrigen Sitzung des Reichstages folgende Redebeiträge: „Am 6. August haben wir von den Russen, der uns vor neue Aufgaben stellt, abtretende Teile der kampfenden Truppen müssen unbedingt entlassen werden. Eine große Gefahr ist auch im Westen des Reiches, daß wir nicht sagen, die Entente beabsichtigt es, aber sie hat ein großes Interesse, durch Deutschland hindurch nach Polen zu gelangen. (Hört! Hört!) Wenn es sich demohierheit, daß im besetzten Gebiet bereits umfangreiche Vorbereitungen getroffen werden zur Befestigung anderer Ostentzungen mit dem Reichsgrenze, dann ist damit bereits eine klare Verletzung der deutschen Neutralität gegeben. Bietet er umseht, das Gebiet bleibt deutsch. (Sehr richtig!) Die deutsche Regierung wird unter allen Umständen an ihrer Neutralität festhalten und sie mit allen Mitteln verteidigen. (Beifall.) Ich hoffe, daß dazu keine Notwendigkeit ist. Seitdem habe ich mit dem französischen Gesandten eine sehr ernste Unterredung gehabt wegen der Truppenaffäre; sie ist bis jetzt noch nicht erledigt. Ich bitte, alles zu vermeiden, was die Situation verschärfen könnte. (Beifall.)“

Englands Druck auf neutrale Staaten.

London, 5. Aug. (Nentz.) Auf eine Anfrage Redewoods im Unterhause, ob die Alliierten einen Druck auf die Tschechoslowakei ausüben, damit diese Polen leise lasse, erwiderte Lloyd George, alles hänge von der Antwort ab, die man von Rußland erhalten werde. Wenn die Antwort unbefriedigend sei, werde man selbstverständlich auf Tschechoslowakei Druck ausüben, daß er bei Polen die nötige Unterstützung lasse. Redewoods forderte eine klare Erklärung, daß, wenn die Antwort unbefriedigend sei, so sollte kein Druck auf die Tschechoslowakei oder andere Staaten im Sinne einer bewaffneten Intervention gegen Polen ausüben. Hierauf erklärte Lloyd George, daß, wenn die Antwort unbefriedigend und nicht völlig klar sei, daß die Sowjetregierung nicht beabsichtige, Polen zu vernichten, er bestimmt nicht in der Lage sei, ein derartiges Versprechen zu geben.

England rüftet.

London, 5. August. „Daily Graphic“ plant zu wissen, Army Council solle, um für jeden Fall vorbereitet zu sein, zwei vollständige Divisionen aufstellen. Die Rufe der verschiedenen Einheiten beschließen die Rufe sehr fest. Alle Vorkehrungen für Truppenaufmarsch, Verpflegung und Schießbedarf seien getroffen. Gewisse Verpflichtungen, die die Verwertung der Kriegsgeräte übernehmen habe, seien zügig angeordnet worden, um die Verpflegung zu sichern.

Die Londoner Konferenz aufgegeben.

Aus London berichtet Nentz: Die englische Regierung hat der bolschewistischen Regierung auf dringlichem Wege mitgeteilt, daß angesichts der Tatsache, daß Rußland mit Polen nicht allein Waffenstillstandsverhandlungen, sondern auch Friedensverhandlungen einzuleiten verlangt, der Plan der Londoner Konferenz aufgegeben werden mußte.

Das polnische Kabinett für Friedensverhandlungen.

Wie verschiedene Blätter aus Warschau melden, hat das polnische Kabinett beschlossen, dem Antrag der Sowjetregierung stattzugeben und unverzüglich in Warschau die Friedensverhandlungen aufzunehmen. Die polnische Regierung ist bereit, eine Friedensdelegation nach Moskau zu entsenden für den Fall, daß die Sowjetregierung ihr eine unbeschränkte Telegraphen- und Telefonleitung im Verkehr mit der Delegation zur Verfügung stellt.

Polnische Sozialisten gegen die Bolschewisten.

WZ. berichtet: Nach einer Warschauer Meldung hat das Zentralkomitee der polnischen Sozialisten den Beschluß der Parteileitung, sich an einer Koalitionsregierung für nationale Verteidigung zu beteiligen, genehmigt. Das Komitee fordert in einer öffentlichen Erklärung zum Widerstand gegen den bolschewistischen Einfall in Polen auf.

Nacht aus Warschau.

Berlin, 6. Aug. Wie der „Volks-Anz.“ meldet, haben die polnische Regierung und die Entente-Berliner Warschau verlassen und befinden sich auf dem Wege nach Krakau. In Warschau herrscht Panik und man fürchtet, daß die russische Kavallerie vor der Stadt in den nächsten Stunden zu rechnen. Laut „Berl. Tagebl.“ ist es den Russen gelungen, die neue polnische Frontlinie Schrenka-Dittow-Bug an der Nordfront zu umgehen. Die Polen würden dadurch gezwungen, sich auf die Weichsel zurückzuziehen.

Paris, 6. Aug. (Sollanb) (Nentz) Nach einer Meldung des „Temes“ wird Warschau geräumt werden, wenn die polnischen Truppen nicht zu einer Gegenoffensive imstande sein sollten. Die polnische Regierung hat sich entschlossen, den Kampf weiterzuführen und den Eid der Regierung weiter zu leisten. Der neue Sieg der Regierung würde in diesem Falle nicht Polen sein, weil diese Stadt eine so große deutsche Bevölkerung aufweist.

Nach nach Warschau.

Die „Voll. Ztg.“ gibt eine Meldung der Kopenhagener „Alltidende“ wieder, daß im Zusammenhang der Verhandlungen der Alliierten über eine Intervention in Polen Marschall Foch nach Warschau reisen soll.

Preßeklimmen zur östlichen Lage.

Der „Vorwärts“ schreibt: „Frankreich drängt mit allen Kräften auf einen offenen Krieg mit Rußland hin. Hierbei ergibt sich die für Deutschland überaus ernste Frage, auf welchem Wege der Transport der polnischen Entlastungsarmee bereitgestellt werden soll. Der Danziger Korridor ist seit entlich der Abreise durch Oesterreich und Ungarn aber über die deutsche Grenze. Die deutsche Regierung hat zwar strikte Neutralität erklärt. Aber im besetzten Gebiet rechts des Rheins finden, wenn die Meldungen richtig sind, bedeutende Truppenansammlungen statt. Nach einem bisher unverbrüchlichen Bericht hat Frankreich sogar eine nicht unterdrückliche Eisenbahntruppe im besetzten Gebiet konzentriert, die gegebenenfalls die Truppenansammlungen durch Deutschland zu überführen hätte. Wir wissen nicht, inwieweit diese Meldungen mit den Tatsachen übereinstimmen. Doch die Lage aber nicht ohne Ernst ist, geht aus den Mitteilungen des Ministers des Auswärtigen in der letzten Reichstagsitzung hervor.“

„Frankfurter Ztg.“: Für Deutschland kann es nur eine Politik geben, mit Hindernissen und Föhnen sich dagegen zu sträuben, doch in der einen oder anderen Gestalt in diesen Krieg hineingerissen werden, der unser Vaterland vollends in eine Ruine verwandeln könnte. Aber das Entschlossene ist, daß wir nur noch sehr bedingt Herren unserer Bestände sind.“

„Vollst. Ztg.“: „Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die deutsche Regierung verpflichtet ist, ihre Neutralität im russisch-polnischen Krieg unbedingt aufrechtzuerhalten.“



ausgehalten. Dagegen kann die Frage, ob diese Neutralität überhaupt bedroht ist, nur nach den vorhandenen Tatsachen, nicht aber nach den umlaufenden wilden Gerüchten beantwortet werden. Diesen Gerüchten, solange sie jeder Begründung entbehren, nachdrücklich entgegenzutreten, würde eine Pflicht der Regierung sein.

Berliner Tagesblatt: „Die Entente und die Kriegsführenden Mächte im Osten dürfen keinen Augenblick im Zweifel darüber gelassen werden, daß das gesamte Volk in dieser Frage geklärt ist.“

Internationaler Sozialistkongreß.

Gewerkschaftliche Blockade gegen den Krieg.
Die Entschickung über den Frieden und Völkerverbund hat ihre endgültige Fassung in einem Unterabstufungsprotokoll, dem folgende Genossen angehören: Belgien (Holland), Vorigere, Lafontaine (Belgien), Berichtserthaler, Hill und Roden Duxton (England), Aubriot (Frankreich), Stamper (Deutschland) und Troelstra (Holland). Schwierigkeiten, die aus der Notwendigkeit entstanden, verschiedene Vordränge zusammenzufassen, waren rein technischer Natur. Es gab keine sachlichen Meinungsverschiedenheiten. Die Anträge Troelstras, die Kritik der Friedensverträge zu veröffentlichen und gegen imperialistische Abenteuer die Propaganda zu unterstützen, fand allgemeine Zustimmung und bei den Engländern energische Förderung.

Zu diesen Abenteuern wird insbesondere auch die Verletzung der deutschen Neutralität im russisch-polnischen Kriege und die Befreiung des Ruhrgebiets genannt. Damit haben die Sozialisten Westeuropas eine große Verpflichtung auf sich genommen, auch die sozialistische Partei Frankreichs kann sich ihr nicht entziehen, nachdem sie von der am weitesten rechtsstehenden französischen Sozialistengruppe anerkannt worden ist. Die diese Verpflichtung selbstverständlich auch für die Deutschen, sofern es sich darum handelt, die Intervention fremder Regierungen in den Zustand zu verhindern. Der englische Text nennt die angewandten Mittel „political and industrial“ (Sinn von „industriell“ liegt „gewerkschaftlich“, „politisch“ „militärisch“). Gemeint ist die gewerkschaftliche Blockade, die Behinderung von Transporten, die Weigerung, Kriegsmaterial herzustellen, unter Umständen der Generalkrieg.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Debatte über Arbeitszeit und Lebensbedingungen.
Genf, 4. Aug. (I.F.B.). Der Internationale Bergarbeiterkongreß hat heute vormittag die Ansprache über Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter in den verschiedenen Ländern fortgesetzt. Dabei fragte der slowenische Delegierte Zodal darüber, daß die belagerte Regierung anscheinend beabsichtige, die Arbeitszeit zu verlängern und gleichzeitig die Löhne abzubauen. Man habe die Bergarbeiter sogar schon aufgefordert, von sich aus die Löhne herabzusetzen. Demgegenüber wies der belgische Delegierte Delcotte auf die Lage der belgischen Bergarbeiter hin, die sich heute in der schlimmsten Lage befinden (Luzern) sprach über die Kohlenverknappung seines Landes und betonte, daß die Bergwerke mit ihren 25 000 Arbeitern die Kohlenbedürfnisse ihres eigenen Landes bei weitem nicht decken könnten. Sodann forderte Zodal ein tatkraftiges Auftreten gegen den weichen Terror in Ungarn auf. Die Arbeiter, die wohl in großer Mehrheit gegen die Mädeliktoren gemeldet seien, befänden sich jetzt zu Hunderttausenden in Internierungslagern und Gefängnissen. Von demokratischem System, von Presse- und Redefreiheit könne in Ungarn gar keine Rede sein. Die Regierung wolle die Arbeitszeit auf 12 Stunden verlängern und die Löhne abbauen. Er rufe die Internationale zum Kampfe gegen den weichen Terror auf. Der französische Delegierte Partail kam nochmals auf die Forderung der deutschen Delegation, die Arbeitszeit auf sechs Stunden festzusetzen, zurück und betonte, daß die Forderung für die französische Bergarbeiterschaft unannehmbar sei. Der Vorsitzende, diese Frage als Sonderfrage zu behandeln, wurde vom Generalsekretär Sodog unterzogen. Sodann vertagte sich die Konferenz auf morgen vormittag.

Genf, 5. Aug. Am Internationalen Bergarbeiterkongreß wurde eine Entschickung angenommen, in der

Romeo und Julia auf dem Dorfe.

Erzählung von Gottfried Keller.

(12. Fortsetzung.)
Sie fanden wie vertieft, und Marii stand erst auch da und bestaunte sie mit bösen Wilden, gleich wie die Welt; dann fing er fächerförmig an zu toben in Schärben und Schimpfnoten und langte zugleich grimmig nach dem jungen Burschen, um ihn zu würgen; Salt nicht aus und floh einige Schritte zurück, entsetzt über den wilden Mann, sprang aber sofort wieder zu, als er sah, daß der Alte statt seiner nur das stiernde Mädchen sah, ihm eine Ohrfeige gab, daß der rote Stanz herunterfiel, und seine Haare um die Hand wickelte, um es mit sich fortzureißen und weiter zu mißhandeln. Ohne sich zu besinnen, raffte er einen Stein auf und schlug mit demselben den Alten gegen den Kopf, halb in Angst um Brenden und halb im Jähzorn. Marii taumelte erst ein wenig, und dann bewußtlos auf dem Steinboden nieder und zog das erdärmlich schreiende Brenden mit. Salt betrat noch dessen Haare aus der Hand des Bewußtlosen und richtete es auf; dann fand er da wie eine Wildschaf, ratlos und gedankenlos. Das Mädchen, als es den wie tot daliegenden Vater sah, fuhr sich mit den Händen über das erblühende Gesicht, schüttelte sich und sagte: „Dast du ihn erschlagen?“ Salt nicht lautlos, und Brenden schrie: „O Gott, du lieber Gott! Es ist mein Vater! Der arme Mann!“ und sinnlos warf es sich über ihn und hob seinen Kopf auf, an welchem indessen kein Blut floß. Es ließ ihn wieder sinken! Salt ließ sich auf der anderen Seite des Mannes nieder, und die beiden schauten still wie das Grab und mit erloschenen reglosen Händen in das leblose Gesicht. Um nur etwas anzufangen sagte endlich Salt: „Er wird doch nicht gleich tot sein müssen?“ Da er sah, nicht ausgemacht, Brenden riß ein Blatt von einer Klatschpflanze ab und legte

der Kongreß sich für den Schlußtag der Bergarbeiter ansprach, und zwar der Unterabstufungsprotokoll erstarrte er sich bereit, dem Verzicht der Verlängerung der Arbeitszeit mit allen internationalen Mitteln Widerstand zu leisten.

Aus Amsterdam wird gemeldet: „Die „Der Volk“ erfährt, beabsichtigt der Internationale Gewerkschaftsbund im Laufe des November einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, der wahrscheinlich in Brüssel abgehalten werden soll.“

Die Arbeit in Zittau wieder aufgenommen.

Zittau, 5. Aug. Die Arbeit ist heute früh in allen Betrieben wieder aufgenommen worden. — Der Regierungskommissar hat versprochen, daß nach Wiedereinnahme der Arbeit die Reichswehr und die fremde Landespolizei Zittau wieder räumen werden. Ueber den Bezirk Zittau ist der Ausnahmezustand bereits aufgehoben worden.

Der Streik der pommerischen Elektrizitätsarbeiter.

W.R. Swinemünde, 5. August. Der Streik der Beamten und Arbeiter der Oberlandzentrale Straßburg und sowie der Betriebswerke Swinemünde dauert im vollen Umfange an, so daß ganz Vorpommern ohne Licht und Kraft ist. Der Ausschick der Oberlandzentrale hat in den bisherigen Verhandlungen die Gehalts- und Lohnerhöhungen, die angeht die günstigen Abkühlung bei der Generalversammlung gefordert wurden, abgelehnt. Die Bedauern haben unter dem Streik sehr zu leiden. Die Zeitungen können noch immer nicht erscheinen. Die Arbeiter des Wasserwerks Swinemünde freyen nicht. Der Betrieb wird aufrechterhalten, in dem Swinemünde wieder Trinkwasser hat. Tragen sind die Nacharbeit Stringsdorf um, ohne Wasser. Im allgemeinen ist die Lage ruhig. Nur in Swinemünde kam es gestern zu Lebensmittelläufen, in dessen Verlauf die Demonstranten in die Konditoreien eindrangen und Kuchen zu niedrigeren Preisen veräußerten. Erste Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Ein Schmudartikel gegen den Reichspräsidenten.

Den „P. B.“ wird von autänbiger Stelle geschrieben: Die berühmte Berliner Wochenchrift „Freie Presse“ bringt in ihrer heutigen Nummer neben anderen Schmudartikeln an leitender Stelle einen Artikel „Reichspräsident Oberst Nicht als Schönheitsstängerin“, in dem behauptet wird, daß eine 16jährige Nicht als Reichspräsidenten als Schönheitsstängerin in Berliner Vergnügungshotels aufträte. Selbstverständlich ist an dieser Geschichte genau wie an anderen gleicher Art kein wahres Wort. Der Herr Reichspräsident hat Strafantrag gegen das Blatt gestellt.

Die Partei der Rhenen- und Maulhelden.

In der Tiffiter „Volkstimme“, unserem dortigen Parteiorgan, beschäftigt sich Jacob Altmair mit dem Fall Wendelin Thomass. Seine Ausführungen über die geistige Verwahrlosung in der Unabhängigen Partei sind so treffend, daß wir sie unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. So schreibt er u. a.:

„Am dieselbe Zeit, da ein Ströbel aus der Unabhängigen Partei herausgelacht wird, und gegen Kantysch das Ausschickverfahren beantragt ist, liegt der strenge Richter Wendelin Thomas immer noch als Hauptkandidat in den Reihen der U.S.P. und der Vorhänge des Parteiparlaments unabhängiger Partei hat ihn ergeben erucht, bis zum Abschluß der Untersuchung seine Ehrenämter niederzuliegen.“

Und weiter:
„Am 13. Januar wurde Hugo Seimann, einer der treuesten Diener der arbeitenden Klassen, vor dem Reichstag von oben bis unten mit Kot besworfen, weil er der alten Partei treu geblieben ist. Der Schlafkürsch der Schwärze-Wagnere aber feierte in den Versammlungen der U.S.P. Triumphe, weil er sich radikal gebärdete. Und so ist dieser Wendelin Thomas ein Typ in der unabhängigen Partei, der in einer Bewegung gedeihen muß, in der die Fäulnis herrscht, und in der die Urteilsfähigen aus freier Wahl die Wahrheit nicht bekennen, wenn sie es aber tun, hinausgeschmissen werden. Das ist das Unglück der sozialistischen Bewegung in Deutschland, daß die Maulhelden und Nichtswisser bei der amnestifischen Partei die Oberhand haben, und aus Angst vor ihnen und um der Agitation willen die Differenz, Freiheit und Zittmann dem Proletariat die Ehrenämter selbst verschlingend. In einer solchen Partei ist es kein Wunder, wenn die Wendelin Thomass wie Infrant gedeihen, wenn, wie in Sturwehen, unab-

es auf die erblühenden Lippen, und es bewegte sich schwach. „Er amet noch“, rief es, „so lauf doch ins Dorf und hol Hilfe.“ Als Salt aufsprang und Lufen wollte, streckte es ihm die Hand nach und rief ihn zurück: „Komm aber nicht mit zurück und sage nichts, wie es zugegangen, la werde auch schweigen, man soll nichts aus mir herausbringen!“ sagte es, und sein Gesicht, das es dem armen ratlosen Burschen zuwachte, überließ von schmerzlichen Tränen. „Komm, sag mich noch einmal! Nein, sag, mach dich fort!“ Es ist aus, es ist ewig aus, wir können nicht zusammenkommen!“ Es ließ ihn fort, und er ließ willenslos dem Dorfe zu. Er begegnete einem Knaben, das ihn nicht kannte; diesem trug er auf, die nächsten Leute zu holen, und beschrieb ihm genau, wo die Hilfe nötig sei. Dann machte er sich bereit, fort und irte die ganze Nacht im Gebüsch herum. Am Morgen schickte er die Kinder, um zu erfahren, wie es gegangen sei, und hörte von frischen Leuten, welche miteinander brachen, daß Marii noch lebte, aber nichts von sich wisse, und wie das eine seltsame Sache wäre, da kein Mensch wisse, was ihm zugefallen. Erst jetzt ging er in die Stadt zurück und verbergte sich in dem dunklen Glend des Hauses.

Brenden hielt ihm Wort; es war nicht aus ihm herauszufragen, als daß es selbst den Vater so gefunden habe, und da er am anderen Tage sich wieder tüchtig regte und armete, freilich ohne Bewußtsein, und überließ sich flüchtig da war, so nahm man an, er sei betrunken gewesen und auf die Steine gefallen, und ließ die Sache auf sich beruhigen. Brenden blegte ihn und ging nicht von seiner Seite, außer um die Arzneimittel zu holen beim Doktor und etwa fünfzig Pfund ein schlechtes Suppe zu kochen; denn es letzte belohnte von nichts, obgleich es Tag und Nacht nach sein wurde und niemand ihn half. Es dauerte belohnte sechs Wochen, bis der Arzte allmählich zu seinem Bewußtsein kam, obgleich er vorher schon wieder auf und in seinem

bänalge Willkür über den Polen gekauft werden können, um gegen Deutschland zu gehen, wenn in den letzten Gebieten des Westens französisches Geld mehr als einmal einen klingenden Einfluß geltend macht. So lange die Abgaben und der Mangel an persönlichem Wert die hervorzuheben Merkmale der unabhängigen Partei sind, und dadurch der Zusammenstoß der Arbeiterpartei verhindert wird, solange braucht dem Kapitalismus und den bürgerlichen Parteien nicht dange zu sein. Die fürstlichen, Wendelin der Erste wird nicht der Letzte sein!

Deutscher Reichstag.

Das Entwaffnungsgesetz angenommen.

10. Sitzung, Donnerstag, 5. August, 10 Uhr.
Am Regierungstisch: Fehrenbach, Simons, Heine, Koch.
Dritte Lesung des Entwaffnungsgesetzes.
Die Sozialdemokraten haben ihre Entwürfe aus der zweiten Lesung wieder eingebracht, wozu ausdrücklich festgelegt wurde, daß nur der Reichswehr und die zum Wassertragen berechnete Verwahrungspolizei von der Verweigerungspflicht befreit sein soll. Demgegenüber liegt ein Antrag der Regierungspartei vor, den in der zweiten Lesung geforderten § 9, wonach der Reichswehrkommando aus andere belagerte Distanzstationen zur Zurückführung seiner Waffen herausziehen oder lassen kann, wieder einzufügen. Ferner beantragen die Regierungspartei folgenden neuen § 9: Der Reichswehrkommando hat das Recht, die Abgabe eines fälschlicher Versicherungen innerhalb der festgelegten Zeit über Waffenablieferung oder über den Besitz und den Verbleib von Waffen oder Munitionslagern allgemein oder im Einzelfalle bei der von ihm zu bezeichnenden Verhörde zu verlangen.

Abg. Dr. Rosenfeld (U.S.) legt noch einmal den abgelehnten Standpunkt seiner Partei dar und weist darauf hin, daß die deutsche Arbeiterschaft unter keinen Umständen dulden werde, daß Ententetruppen zum Kampf gegen die Sowieterregierung durch Deutschland hindurchgeführt würden. Die Unaufrichtigkeit des Hauses ist so groß, daß der Präsident wiederholt zur Ruhe mahnen muß.

Hierauf hielt der Minister des Innern die an anderer Stelle wiedergegebene Rede.
Abg. Stellung (Soz.): Die Sozialdemokratische Partei ist der Meinung, daß die Notwendigkeit des Gesetzes im Friedensvertrag von Versailles und dem Abkommen von Spa begründet liegt. Die Unabhängigen sollten die Frage vorlegen, ob sie nicht auf diesem Gesetz aufkommen müssen, denn besonders jeder Arbeitervertreter hat ein Interesse daran. Wir haben alles getan, um das Gesetz so zu gestalten, daß es kein Ausnahmeweise wird, aber wir können nicht die Verantwortung übernehmen, daß durch ein Scheitern des Gesetzes das Abkommen von Spa verkehrt würde. (Beifall.) Die Schaffung des parlamentarischen Beirats wird so gefördert, daß sie einen unparteiischen Handhabung zu gewährleisten.

Abg. Frau Zellin (Komm.) lehnt die Vorlage als Ausnahmeweise ab.
Abg. Leinart (Soz. Sp.): Unsere Bedenken haben sich im Laufe der Verhandlungen noch verschärft. Wir lehnen das Gesetz ab.

Abg. Burckle (Ztr.) behauptet diese Erklärung und spricht seine Befriedigung aus, daß jetzt noch eine breitere Basis für die Annahme der Vorlage vorhanden sei.

Minister Koch erklärt, daß eine Organisation nicht in Einklang mit den Abmachungen von Spa stehe und von der Regierung nicht anerkannt werde.
§ 1 wird ein Zusatz angenommen, wonach von der Waffenablieferung nur die Reichswehr und die zur Ausübung ihres Berufs mit Waffen versehenen Beamten befreit ist.

Die Bestimmungen des § 2, nach der der Reichswehrkommando fesselt, welche militärischen und politischen Organisationen von der Verweigerungspflicht befreit sind, wird abgelehnt.

Gemäß § 8 bekommt der Reichswehrkommando einen von Reichstag gestellten Beirat von 15 Personen.
Der geforderte § 9 über die Befugnisse des Reichswehrkommandos wird in der Fassung angenommen, daß er Befugnisse über Quartierleistungen und Naturalleistungen für die Sicherheitspolizei und andere von ihm herangezogene Hilfskräfte zu erlassen hat. — Das Recht des Reichswehrkommandos, die Abgabe eines fälschlicher Versicherungen zu verlangen, wird ebenfalls wiederhergestellt.

In der Gesamtsitzung wird darauf das Entwaffnungsgesetz in seiner Fassung genehmigt. Die Stimmen der Unabhängigen und einige Sozialdemokraten (Dr. Köstler, v. Graefe, Oberstein) stimmen an.
Präsident Eise lehnt darauf dem Hause mit, daß am 1. März der Reichswehrkommando zusammenzutreten wird, um über die neue Gesetz zu beraten. Er stimmt eine neue Erklärung des Hauses in Minister Dr. Simons an. (Bewegung.)
Das Haus tritt dann in die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation über die

Erwerbslosenfürsorge

Wette ziemlich munter war. Aber es war nicht das zu beschreiben, was er jetzt erlangte, sondern es zeigte sich immer deutlicher, je mehr er brach, daß er hilflos geworden, und zwar auf die wunderliche Weise. Er erinnerte sich nur dunkel an das Geschehene und wie an etwas fest Dürftiges, was ihn nicht weiter berührte, lachte immer wie ein Narr und war gut Dinge. Noch im Wette liegen brachte er Hundert närrische, sinnlos müßwillige Redensarten und Einfälle zum Vorschein, schmitz Gekluger und zog die schwarzpollene Bismarckmütze in die Augen und über die Nase herunter, daß diese ausfiel, wie ein Satz unter einem Bartrud. Das blöde und abgegrätzte Brenden hörte ihm geduldig zu, seinen Tränen vergießend über das blühende Gesicht, welches die arme Todter noch mehr ängstigte, als die felle Wespel; aber wenn der Alte zuweilen etwas gar zu Drolliges anstellte, so mußte es mitleiden in seiner Qual laut aufschlagen, da sein unterdrücktes Weinen immer zur Luft aufbringen bereit war, wie ein gepannter Boggen, worauf denn eine um so tieferer Bedürfnis mehr mit ihm anzufassen konnte, „war gar nichts mehr mit ihm anzufassen er machte nichts als Dummdinge, lachte und lästerte um das Haus herum, setzte sich in die Sonne und streckte die Beine heraus oder hielt lange Weiden in die Wägen hinein.“

Um die gleiche Zeit aber war es auch aus mit den wenigen Ueberbleibseln seines ehemaligen Vermögens und die Ordnung so weit gebrochen, daß auch sein Haus und der letzte Vater, sein geliebter Vater verpfändet, nun gerichtlich verkauft wurden. Denn der Bauer, welcher die zwei Acker des Mannes gekauft, benutzte die gänzliche Verarmtheit Maris und seine Krankheit und führte den alten Streit wegen der freitragenden Steinmauer fort und entflohen zu Ende, und der verlorene Prozeß trieb Maris fast vollends den Boden aus, indessen er in seinem Wildnis nichts mehr von diesen Dingen dachte.

Parteinachrichten.

Erhöhung des Mindestbeitrages für die Partei.

Die sämtlichen Parteifunktionen haben die vorläufige Tagesordnung für den am 10. Oktober in Gießen anderamtens Parteitag noch nicht fertiggestellt. Dies wird offensichtlich noch im Laufe dieses Monats geschehen, so daß gemäß dem Organisationsstatut die Genossen rechtzeitig davon in Kenntnis gesetzt werden und dazu Stellung nehmen können. Die Tagesordnung für diesen Parteitag muß spätestens am 11. September, die von den Parteifunktionen gestellten Anträge bis zum 18. September im Zentralrat vorzulegen sein. Der Zeitraum von einer Woche, der zwischen diesen beiden Terminen liegt, ist so knapp, daß die Genossen im Vorfeld schon vorher zu den Fragen der Tagesordnung Stellung nehmen möchten. Heute schon kann mit Sicherheit angenommen werden, daß der Giesener Parteitag neben den üblichen Berichten über die Internationale, die Revision des Parteiprogrammes und des Organisationsstatuts, vorzugsweise die Beitragsbegrenzung und die Erhöhung des Mindestbeitrages behandeln wird.

Nachstehende Ausführungen sind hauptsächlich den beiden letzten Punkten gewidmet. Eine Beitragsbegrenzung beruht auf dem Grundsatz, daß die Parteifunktionen aus verschiedenen Ursachen heraus, dem am 10. Oktober in Gießen stattfindenden Parteitag nicht rechtzeitig erschienen sind. Nach § 2 des Statuts überläßt sich der Parteivorstand in Krisenzeiten. Da nun räumlich große Parteiverbände bis zu 600 Ortsvereinen zählen und damit die Überwachbarkeit von einer Zentralstelle zum Schaden der Gesamtorganisation erschwert ist, können wirtschaftlich und geographisch zusammenhängende Ortsvereine zu einem Unterbezirk zusammengefaßt werden. Die alten Parteifunktionen sollten sich dementsprechend bis zum 1. Juli 1920 dieser Neuordnung widmen. Dies ist aber nicht überall durchgeführt. Können sich doch vielfach die Genossen nicht von der historisch gewordenen Einrichtung trennen, die sich ihrer Ansicht nach gut bewährt hat. Doch wie überall, muß auch hier das Bessere der Feinde des Guten sein. Besser ist auf jeden Fall, wenn die Parteifunktionen aus verschiedenen Ursachen nicht rechtzeitig erschienen sind, die Parteifunktionen nicht rechtzeitig erschienen sind, die Parteifunktionen nicht rechtzeitig erschienen sind. Die Parteifunktionen nicht rechtzeitig erschienen sind, die Parteifunktionen nicht rechtzeitig erschienen sind.

Zurück die Beitragsfrage wird seitwärts gestreift werden müssen. Bei den steigenden Preisen, Kosten und sonstigen Ausgaben, die bei den ungenügenden Einnahmen für die Partei zu den öffentlichen Körperschaften sind, werden Beiträge von 15 bzw. 20 Pfennigen, gemessen an der Geldwertsetzung, einfach unzulänglich. Die Parteigenossen haben das zum einen Teil bereits eingesehen und in einzelnen Bezirken den räumlich zusammengefaßten Beiträge für Männer auf 40 Pf., für Frauen auf 25 Pf. erhöht; außerdem sind noch zur Zahlung von Sonderbeiträgen von 1 Mark und mehr im Monat verpflichtet. Leider

ist dies nicht in allen Bezirken der Fall, daher muß dort der Parteitag mit jenem Nachdruck nachgehen, indem er den Mindestbeitrag für männliche Mitglieder auf 40 Pf., für weibliche auf 30 Pf. die Woche festsetzt. In Bezirken, wo die Parteigenossen entsprechende Beiträge leisten, ist ein höherer Beitrag zu erheben, so daß jeder Bezirk ohne Ausnahme aus dem Parteitag seine Ausgaben bezahlen kann, ja noch einen Fonds für die Wehren anzulegen im Stande ist.

Die hier angeregten Fragen werden voraussichtlich besonderen Anlaß zur Stellung von Anträgen für das Organisationsstatut geben; daher sollten diese Ausführungen als Richtschnur für die allgemeine Diskussion dienen.

Vermischtes.

Zu Fuß um die Erde.

Am 1. Januar 1910 brachen sechs junge Männer auf, um auf Grund einer Wette eine Fußwanderung rund um die Welt anzutreten. Alle Teilnehmer waren Australier, und der Preis, der dem als Belohnung winkte, betrug die Wanderung vollende, belief sich auf 600 Pfund Sterling. Die Bedingungen der Wette waren: Ausgangspunkt war Circular Quay in Sidney, die Teilnehmer sollten in einer gewöhnlichen Anzug gekleidet sein und nur einen Penny mitnehmen. Auf der ganzen Reise sollten sie kein Geld leihen, nicht betteln und nicht schlafen. Der Gewinner der Wette sollte auch auf dem Wege keine Gefängnisstrafe verbüßen dürfen. Zu keinem Fortkommen dürfte er kein Fahrzeug verwenden, das von einem Tier gezogen oder mechanisch betrieben wurde. Schiffsreisen waren ausgeschlossen, soweit sie absolut notwendig waren. Während fünf Teilnehmer an dem Wettbewerb ziemlich schnell den Bericht abgaben, nahm der sechste, Stanley Durr, sein Unternehmen mit unerhörtester Energie. Im Jahre 1914 hatte er schon folgende Gebiete durchwandert: Afrika, Indien, die Vereinigten Staaten und Südamerika, Neuseeland, Großbritannien und Irland, Frankreich, Marokko, die Atlantische Küste, den Balkan, Deutschland und Rußland. Nach seiner Angabe hat er auf dieser Wette ca. 50.000 Kilometer zurückgelegt. Bei Kriegsausbruch war Durr in Archangel, und er mußte nun bis auf weiteres von der Fortsetzung seiner Reise absehen. Von den Kriegsereignissen wurde er weit umhergeworfen und kam schließlich nach Newfoundland, wo er sich verheiratete. Jetzt ist er inbald aufgeschossen, um seine Weltwanderung zu vollenden. Vorläufig will er zu Schiff nach Finnland, um von dort zu Fuß nach Archangel zu gehen, wo er seine Wanderung abbrechen mußte. Von hier geht er nach Sibirien, Sibirien, die Mongolei, China und Japan zu durchqueren, um als Sieger den mühsam erworbenen Preis abzuholen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Der Verkehrsrat ruft Eisenbahnen und Postpersonal zum Widerstand gegen die Entente-Transporte auf.
München, 5. Aug. Der Verkehrsrat hat beschlossen, nach einer Mitteilung der „Frankf. Ztg.“, das bayerische Eisenbahn- und Postpersonal durch Vermittlung seiner Organisationsvereine auf internationaler Ebene anzuweisen, daß sie allen beschlagnahmten Eisenbahnen und Postpersonalen, die von den Entente-Ländern und Truppen durch Bayern mit allen Mitteln, wenn nötig auch durch völlige Transportkündigung entgegenzutreten. Dieser Beschluß ist, wie der Verkehrsrat ausführt, begründet in

der Notwendigkeit, die bayerische und die Reichsverwaltung in der Neutralität gegenüber dem Kampfe zwischen den Russen und den Polen zu unterstützen, sowie dem deutschen Volk die Gefahren zu ersparen, die bei einem Durchbruch von Entente-Truppen und der dadurch bedingten Errichtung von Einparteiigen in Deutschland unabwehrbar wäre und die ganz Deutschland in ökonomische Gebiete, ähnlich der Pflanz- und der Rheinlande, vernichten würden.

Vom polnisch-russischen Kriege.

Paris, 5. Aug. Sowohl der „Temps“ als auch das „Journal des Debats“ glauben heute verstanden zu haben, daß die Lage in Polen auf Grund der letzten Nachrichten als klar anzusehen werden kann. Nach dem „Temps“ sollen die Bolschewiken, welche den Zug bereits höchst überhastet haben, keine Fortschritte in der Richtung auf Warschau gemacht haben. Nach dem „Journal des Debats“ sollen die Polen im Norden bei Womina und in Ostgalizien eine Gegenoffensive eingeleitet haben. Auch sei es falsch, daß die Bolschewiken bereits Ostgalizien eingenommen hätten. Das „Journal des Debats“ meldet weiter, daß gegenwärtig zwischen den Alliierten Verhandlungen über die Maßnahmen stattfinden, die zur Hilfe für Polen ergreifen werden sollen.

Arbeiter verlangen Zurückzahlung des Lohnabzuges.

Erfurt, 5. Aug. In den letzten Tagen sind die Arbeiter bei den Werksleitungen verschiedener großer Unternehmungen, u. a. auch bei den Fabrikbetrieben vorzeitig geworden, um die bereits vom Lohne abgezogenen Steuern zurückzufahren. Sie nachschuldig verlangten auch die Anstellung des Warenhauses Gellen in Erfurt. Befreiung vom Steuerabzug und Zurückzahlung der bereits eingezahlten Gelder. Da eine Einigung nicht herbeigeführt wurde, mußte das Kaufhaus geschlossen werden.

Lebensmittel-Kalender.

Verzehrung mit Kartoffeln. In der Woche vom 9. bis 15. Aug. können auf die Marke 33 der neuen Kartoffelart 5 Pfund Kartoffeln gekauft werden. Der Preis für das Pfund Kartoffeln beträgt 45 Pf. Der Verkauf erfolgt vom Sonnabend, den 7. bis einschließlich Mittwoch, den 11. August. Die abgenommenen Umsätze sind bis spätestens Donnerstag, den 12. August, im Stadtkaufhaus, Zimmer 46, abzugeben.
Schlüssler Verkauf von Weizen (kein Pflanzenöl), Reis, Kneueln und sonstigen Getreide, sowie Mehl, Fett und Zucker. In der Zollamtskammer am Sonnabend, den 7. August. Abgenommen werden die 2000 bis 2500 Kilogramm des Weizens mit den Nummern 2001 bis 2700 mittigstens am 8. bis 11. August. Gegen Vorlage des Lebensmittelheftes können an jede Person eines Haushaltes 1/2 Pfund Weizen zum Preise von 6 Pf., für das halbe Pfund 1/2 Pfund Reis zum Preise von 2,50 Pf., für das halbe Pfund 1/2 Pfund Kneueln zum Preise von 6,50 Pf. und eine 1/2-Kilo-Dose Rohmehl zum Preise von 5 Pf. abgenommen werden. Abgenommenes Geld ist herbeizufahren.
Beamtlich für den redaktionellen Teil: Wilhelm Danke, für den Anzeigenteil: Wilhelm Danke, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. an Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Billige Strümpfe!

Damenstrümpfe Baumwolle schwarz, extra stark und kräftig	12 ⁷⁵	Damenstrümpfe Baumwolle, schwarz, verstärkte Ferse und Spitze	9 ⁷⁵	Damenstrümpfe Baumwolle, schwarz, Doppelsohle und Hochferse	13 ⁷⁵
Damenstrümpfe imit. Mako, Doppelsohle und Hochferse, schwarz, rotbraun, lederfarben, grau, weiß	15 ⁷⁵	Füßlinge Baumwolle schwarz und leder	4 ²⁵	Imit. Florstrümpfe Doppelsohle und Hochferse, schwarz, leder, weiß	19 ⁷⁵
Herrensocken verstärkte Spitze und Ferse, schwarz u. alle Modelarb. 11/75	10 ⁷⁵	la-Damen-Florstrümpfe Doppelsohle u. Hochferse, schwarz und weiß	24 ⁷⁵	Kindersöckchen	4 ⁷⁵

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichsstraße 23-24

Auf Kredit!
Liefere ich moderne Herren-Anzüge
Burschen-Anzüge in grosser Auswahl.
Halle, Leipzigstr. 11, nur 1 Treppe.
Carl Klingler, Eingang Sandberg. Bei Anfragen Porto beifügen.

Bruchbänder, Geradehalter, Vorfalbandagen, Suspensorien, Wandernierbandagen, Nabelbruchbänder, Gummistrümpfe, Plattfüßleinlagen, Leibbinden und sämtliche Artikel zur Kranken- u. Wöchnerinnenpflege
Reparaturen aller Art in kürzester Zeit.
Halle, Gr. Ulrichstr. 63 gegenüber Arnold's Frotzsch Fernspr. 4599.
Krankenkassenlieferant.
Speer,

Allgemeine Gas-Aktien-Gesellschaft
Stadtgeschäft Halle
Gr. Ulrichstr. 54, Fernruf 5654
Ausführung — Beratung — Planung von Gas-, Heizungs-, Kanalisations- und Wasser-Anlagen.
Elektrische u. gesundheitstechnische Anlagen
Reichhaltige Ausstellung von Beleuchtungs-Körpern und Bedarfs-Artikeln aller Art.
Eröffnung: Sonnabend, den 7. August

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich stets auf die Inserate in der „Volksstimme“ zu beziehen.

Wo? bekommen Sie für wenig Geld Anzüge und Paletot?
Nur bei O. Heinsath & Sohn, Gr. Ulrichstr. 19.

Apollon-Theater.
Halle, Gr. Ulrichstr. 11.
Der Graf v. Luxemburg.
Sonnabend 3. u. 4. Uhr.
„Hanni geht tanzen.“
Vorher 9-11 u. 5-11.

Nur kurze Zeit in Halle!
Im Saale des „Wintergarten“, Magdeburgerstrasse 66.
Täglich zu sehen
Grosses mechanisches Panoptikum.
Zahlreiche lebensgroße mechanisch-bewegliche Prachtwerke.
Ausserdem:
Grosse naturwissenschaftliche Ausstellung.
Hochinteressant für Jung und Alt!
Eintritt für Erwachsene 1,50 Mark. (Einschließlich Steuer).
Eintritt für Kinder 0,60 Mark.
Täglich geöffnet von früh 9 Uhr bis abends 10 Uhr.

Stellen finden
Erfahrene, selbständige Reflektierende u. Elektro-Schweißer für auswärtsige Managen zum sofortigen Eintritt gesucht. Verschiedene Reflektierende für Reparaturen und Schweißer kommen in Betracht. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften Lebenslauf und Eintrittstermin an die Direktion des Maschinen- und Dampfmaschinen-Werks, G. m. b. H. vorm. J. Brunner, Wittenberg (Ber. Halle S.).

Elegante Damentafeln
aus prima Feder in großer Auswahl äußerst preiswert.
H. Krasemann.
Schmerstr. 10.

Unsägliches Elend liegt heute auf vielen Heuten und namentlich auf allen, denen die heilige Heirat unerschütterlich ist. Einmalige Heirat unerschütterlich machen. Verlobte Sie gegen Einsendung von M. 1.- Ankündigung in geschlossenem Umschlag Faust-Verlag, Dessau.

Singer, Taubere und Notter
Laufbursche
wird eingestellt
im Verlag der Volksstimme.



Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Freier Sangesbrüder! Wegen der heute stattfindenden öffentlichen Versammlung im 'Galla' legen wir für diesmal wieder eine Ausnahmebestimmung von 6-8 Uhr fest. Unbedingt erforderlich ist, daß alle Sangesbrüder erscheinen.

Sonntag, den 8. August, Ausflug nach Schlettau zur Einladung des dortigen Gesangsvereins. Treffpunkt Freitag 1/2 Uhr am Seiffelder Bahnhof, Mansfelderstraße, Abmarsch Punkt 1 Uhr.

Sonntag, den 15. August, Ausflug nach Ammen- und Umgegend unter Führung der Ammenbrosener und Sangesbrüder. Mit einem anschließenden Spaziergange. Treffpunkt Freitag 1/2 Uhr Ecke Königs- und Merseburger Straße am Schloßberg, Abmarsch Punkt 2 Uhr. Wir bitten alle Sangesbrüder und auch die nicht Angehörigen nicht werden Angehörigen, welche beide Ausflüge besonders eingelaufen sind, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Arbeiterferien. Die Teilnehmer des Volkstanzfestes treffen heute abend 1/8 Uhr im Jugendheim, Al. Berlin. Für die Jugend ist keine Zutrittserlaubnis. Heute keine Instrumente spielen.

Der Vorstand.

Zeitungsmitteln und Vergütungsausgleich. Sonntag, den 7. d. M., abends 1/5 Uhr findet im Parteibüro die Schlußabrechnung vom Commerce statt. Die Parteimitglieder werden ebenfalls eingeladen.

Das Komitee.

Bezirksvorstandssitzung. Dienstag, den 10. August, findet im Parteibüro abends 5 Uhr eine sehr wichtige Sitzung des Bezirksvorstandes statt. Die Genossinnen und Genossen werden erlucht, pünktlich zu erscheinen.

Aus dem Stadtkreis.

Heute, 6. August 1920.

Arbeiterferien.

Im Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes macht P. Pawlowitsch in einem der beachtlichen wertvollen Artikel auf die großen Mängel aufmerksam, die heute noch trotz dem erheblichen und für so leuchtenden Fortschritt - den Arbeiterferien anhaften. Er gibt dann Hinweise, wie die angeführten Mängel möglichst abgestellt werden könnten. Pawlowitsch schreibt:

Die Arbeiterferien sind nicht mehr eine Frage, sondern sie sind bis zu einem gewissen Grade eine Tatsache geworden. Die Arbeiterverhältnisse in der deutschen Republik sind fast ausnahmslos durch Tarife geregelt und in diesen Tarifen sind auch Ferien festgelegt. Leider sind in völlig unzureichender Weise. Ueber die Notwendigkeit der Arbeiterferien soll hier nicht gesprochen werden. Das ist in der Gewerkschaftspressen seit Jahren geschehen und nachgewiesen. Ausdrücklich bemerkt sei doch, daß wir die Ferien nicht als eine Belohnung für langjährige und treu geleistete Dienste betrachten müssen wollen. Die Ferien sind in der Hauptsache ein gesundheitsförderndes und vorbeugendes Mittel. Sie sind ebenso notwendig wie Speise und Trank, wie Nachtruhe und Erfrischung.

Ferien müssen in erster Reihe so bemessen sein, daß die gewohnte und gewollte Wirkung eintritt. Zwei, drei, vier Tage Ferien können schon eine gewisse Wirkung zeigen, die in der Praxis nicht bringen. Das Höchstmaß in den Tarifen (mit wenigen Ausnahmen) liegt vierzehn Tage vor. Vierzehn Tage aber müßten die niedrigste Grenze der Ferien darstellen, allermindestens aber das Normalmaß sein. Das Unzulänglichste in den derzeitigen Ferien liegt in ihrer Staffelung. Nach einem Jahre drei Tage, nach zwei Jahren vier, nach drei Jahren fünf und so fort. Das ist das Schema fast in allen Tarifen. Dieses Schema stellt aber die größte Ungleichheit dar. Es erklärt die Ferien zu einer Belohnung und entkleidet sie ihrer hygienischen und auch - das ist zu beachten - volkswirtschaftlichen Bedeutung. Wiederherstellung und Erholung der Arbeitskraft, uneres einzigen Bestimmungszweck, das ist volkswirtschaftlich im Sinne des Wortes, ist menschenökonomisch. Wir wollen das gemeinsame Schema in der Praxis für jüngere Arbeiter, welcher häufig in einer Arbeitsstelle mehr erhält 6 bis 8 Tage oder darüber Ferien. Ein älterer, welcher, sei es durch seinen Beruf (Haus- oder Konjunkturarbeiter) gezwungen ist, häufiger den Arbeitgeber zu wechseln, erhält entweder keine Ferien, weil er nicht das ganze Jahr in dem gleichen Betriebe gearbeitet hat, oder bestenfalls die kürzeste Frist. Ein Arbeiter wird eingeteilt. Die Arbeiter, welche 10 bis 20 Jahre dort gearbeitet haben, fangen in der neuen Arbeitsstelle mit den Ferien von vorn wieder an. Dadurch wird Zweck und Wirkung der Ferien völlig ausgeschaltet, zum mindesten stark herabgemindert.

Sollen Ferien ihren Zweck erfüllen, so dürfen sie nicht kurzfristig sein und auch jedem Arbeiter selbstverständlich aus jeder Art, zu stehen. Das ist nach den heutigen Verhältnissen nicht der Fall. Es wird durch die Tarifbestimmungen und Einrichtungen eine gewisse feste, die Regelung der Ferien zu erreichen werden kann.

Pawlowitsch stellt sich die Alters- und Invalidenversicherung an und schlägt vor, die Arbeiterferien auch reichsweitlich zu regeln:

Der Urlaub erhält, dürfte nicht schwierig sein festzusetzen. Wie lange die Ferien dauern ebenfalls nicht. Die zeitliche Festlegung der Ferien ist bereits in der Betriebsratsgesetz vorsehen. Der wichtigste Teil sind die Kosten für die Ferien. Will man den Arbeitnehmern die Kosten auskömmlich auflegen, so wäre der Weg gangbar, daß jeder Arbeitgeber für jeden beschäftigten Arbeiter oder Arbeiterin wöchentlich zwei Stundenlohn beizuführen hat. Wohin? Entweder an die Stellen der Invalidenversicherung oder ähnliche neu zu schaffende Stellen. Können wir die Ferienversicherung? Erhalt

der Arbeiter alljährlich zwei Wochen Ferien oder vielmehr die Bezahlung dafür, denn darauf kommt es an, so sind für ihn fünfmalig zwei Stundenlöhne bezahlt, gleich 100 Stundenlöhnen. Zwei Wochen Ferien bedingen je nach der Arbeitszeit, im Höchstfalle den Betrag für 96 Stunden. Der Arbeiter, der während der Stundenlöhne oder Stundenverdienst (bei Akkordarbeitern) ist untergeordneter Natur. Bei dieser Methode ist es gleich, ob der Ferienberechtigte auf seiner derzeitigen Arbeitsstelle schon jahrelang oder erst seit einigen Wochen beschäftigt ist. Sind die Ferienbeiträge nicht von dem derzeitigen, so von dem vorherigen Arbeitgeber bezahlt worden. Etwas nötig erscheinende Einrichtungen bei Arbeitslosen, Kranken, aus dem Arbeitsverhältnis Ausgeschiedenen Arbeiterinnen, welche geheiratet haben, Strafgefangene usw.) bieten für dieses System keine Schwierigkeiten. Wir finden in den Bestimmungen der Alters- und Invalidenversicherung, in denen die Kranken- und der Gewerkschaften geäußerte Vorwürfe, auch die Parität über andere Beihilgen an den Beiträgen durch die Arbeiter, die Ferienberechtigten, ist möglich. Ob erforderlich, steht dahin.

Wenn 92 bis 96 Stundenlöhne für Ferien im Jahre an die Berechtigten ausbezahlt, 100 Stundenbeiträge aber eingezogen wurden, so dürfte das Mehr des Eingezogenen nicht den Zinsen aus den Beiträgen ganz oder annähernd die Kosten dieser Einrichtung decken. Als neuer Versicherungsweig dürfte am besten die Ferienversicherung der Alters- und Invalidenversicherung angegliedert werden, deren technische Einrichtungen sich vielleicht ganz oder zum erheblichen Teil hierbei eignen dürften.

Schließlich werden noch Unterfragen, so unter anderem die Möglichkeit besserer Heilmöglichkeiten auf der Bahn an Ferienberechtigte erörtert. Ich mich es außer Frage - jedenfalls für das arbeitende Volk! - daß die Einrichtung der Ferien für Arbeiter und Angestellte noch nicht verbesserungsbedürftig ist, so sehr man sich auch der durch die Arbeiterorganisationen schon vor und besonders nach der Novemberumwälzung errungenen Fortschritte freuen kann. Für die Förderung der wichtigen Angelegenheit gibt Pawlowitsch dankenswerte und nützliche Anregungen.

Heute abend 8 Uhr spricht der Reichstagsabgeordnete Gen. Richter - Merseburg über

Epa - Genf - Moskau

Alle unsere Mitglieder, alle hallischen Wählerinnen und Wähler müssen heute zu ihrer politischen Orientierung im 'Italia' erscheinen.

Die weltpolitische Lage ist gespannter denn je.

Im Osten lagert bereits wieder Gewitterschmüle.

Polen, Rußland, die Entente und wir heist das ständige Problem. Auch darüber wird Gen. Richter sprechen.

Sorgt deshalb für Wassenbesch.

Sitzung des Haushaltsausschusses.

Verteilung der Etabli an der Reichstreuhandgesellschaft. - Zuschläge zur Grunderwerbsteuer. - Städtische Steuer auf die reichssteuerlichen Einkommensbeiträge. - Fortsetzung der Eisensetzung.

Eine beim Etat des Reichsfinanzen eingetragene Ueberhöhrung von 2877 Mill. wird nachschlüssig. Aus Kap. XXIV, 14 wird für das Alters- und Pflegeheim eine Summe von 4600 Mill. ebenfalls nachschlüssig. Zur Deckung des Fehlbetrages im künftigen Etat soll a. ein Zuschlag zur Grunderwerbsteuer in Höhe von 1 Proz. auf Grund der Verordnung vom 7. Mai 1920 rückwirkend vom 1. Oktober 1919 an erhoben werden. Dem wurde zugestimmt.

Es bleibt auch hier eine Summe von reichs- 1147 Mill. Mart zurück, welche der Magistrat der Reichshauptstadt in Form einer Gemeindefürsorge von den reichssteuerlichen Einkommensbeiträgen einzubringen. Anfolge des unzulässigen Charakters der Steuer wurden im Anschluß die schwersten Bedenken dagegen laut. So werden 3. E. die unterliegenden Familien hier am allermeisten belastet. Leider kann die Gemeinde an den Grundbesitz der Steuer nichts ändern und muß sie so einführen, wie sie ist. Der Ausschuss beschloß schließlich, die benötigte Summe von 7 Mill. Mart zwar in den Etat einzuführen, über die Art der Erhebung jedoch früher Bescheid zu lassen.

Nach einer Magistratsvorlage soll sich die Stadtgemeinde an der neugebildeten Reichstreuhandgesellschaft mit 10 000 Mill. beteiligen. Von dem Aktienkapital von 20 Mill. Mill. übernimmt das Reich den Betrag von 17 Mill. Mill. den Rest den Gemeinden und verschiedenen Korporationen überlassend. Trotz vielfacher Bedenken stimmte man der Vorlage zu.

Demnach wurde in der Plenarsitzung fortgesetzt, und zwar wurden die Etabli der verschiedenen Schulen verabschiedet. Handwerker- und Kunstgewerbeschule erfordert bei einer Ausgabe von 438 000 Mill. einen Zuschlag von 205 000 Mill. Gewerbliche Fortbildungsschule Ausgabe 526 000 Mill. Zuschlag 471 000 Mill. Kaufmännische Fortbildungsschule Ausgabe 183 000 Mill. Zuschlag 132 000 Mill. Rat. Handels- und Gewerbeschule für Mädchen Ausgabe 250 000 Mill. Zuschlag 76 000 Mill. Gesamtschule Ausgabe 577 000 Mill. Zuschlag 422 000 Mill. Oberrealschule Ausgabe 535 000 Mill. Zuschlag 402 000 Mill. Reformrealgymnasium Ausgabe 452 000 Mill. Zuschlag 277 000 Mill. Anonymatschule Ausgabe 602 000 Mill. Zuschlag 325 000 Mill. Frauenchule Ausgabe 63 000 Mill. Zuschlag 49 000 Mill. Mittelschule Ausgabe 2 486 000 Mill. Zuschlag 1 927 000 Mill. Gesamtliche Volksschulen Ausgabe 4 615 000 Mill. Zuschlag 4 080 000 Mill. Rat. Realhöhere Schulen Ausgabe 170 000 Mill. Zuschlag 144 000 Mill. Volkshochschule Ausgabe 127 000 Mill. Zuschlag 115 000 Mill. Die gesamten Zuschläge betragen 9 086 000 Mill., was gegen das Vorjahr ein Mehr von 4 489 000 Mill. ausmacht. Dieser Zuschlag wird sich nach Maßstab der Beförderungsregelung nach weitestlich erhöhen.

Für die Teilnahme an Sitzungen erbeten die Helfer des Gewerbe- und Kaufmannsausschusses bisher eine Vergütung von 3 Mill. für die Sitzung, die Vergütung für die Besetzung von 3.50 Mill. für die Stunde zu erhöhen, bis zu einem Monatsbeitrag von 12 Mill. Dem wurde zugestimmt.

Der Kampf der Rechtsanwalts- und Notariatsangehörigen gegen die Hungerlöhne.

Uns wird geschrieben: Rechtsanwalts- und Notare sind und sollen die Vertreter und Verteidiger von Recht und Gerechtigkeit sein und treten dabei die elementarsten Menschenrechte ihrer Angestellten, nämlich das Recht auf eine anständige Bezahlung, hochhaltend mit Füßen. Die blödsinnige Rechtsanwaltsvereinerung ist einer der autoritärsten und selbstherrlichsten sowie sozial rückwärtigsten aller Arbeitgeberverbände. Den Herren ist das Aussehen der Arbeiter ihrer Angestellten bereit in Recht und Gerechtigkeit überzugehen und so sich genossen, daß sie sich heute noch erlauben, einem Spruche des Schlichtungsausschusses zu trotzen, der ihnen nur die selbstverständliche Pflicht auferlegt, ihren Angestellten sozial zu geben, wie sie brauchen, um das nackte Leben zu erhalten und nicht langsame Hungers zu sterben. Man hört, räume und urteile über diese realistischen Arbeitgeber!

Seit April 1920 erziehen die Angestellten aus purem Selbsthaltungstrieb eine 100prozentige Erhöhung ihrer monatlichen Hungerlöhne an, Hungerlöhne im wahren Sinne des Wortes, wenn man bedenkt, daß nach dem letzten Tarif das höchste Gehalt 660 M. monatlich beträgt und daß diese Summe erst zu erhalten war, wenn der Angestellte 39 Jahre alt war und mindestens 25 Jahre in den Berufs seiner Arbeitstätigkeit und 66 Jahren dem allerdings abnehmlich höchsten Alter der Arbeitergeopfer hatte! Hungerlöhne Angestellten erhielten natürlich nach dem besten weniger, so z. B. ein Gehilfe im 21. bis 23. Lebensalter 252 M. monatlich, ein verheirateter Gehilfe oder Bürovorsteher über 25 Jahre 350 M. monatlich. Eine für die Angestellten disutabile Erhöhung dieser fälschlichen Gehaltsätze leichten die Arbeitgeber brüstet ab und läßt sich vor den Rabl schleppen. Die allseitige Furchung an der Arbeitskraft ihrer Angestellten ist dermaßen vertragen, daß man sich nicht überbeutert auf dem "Recht", vor dem Schlichtungsausschuß wählten viele menschenwürdigen Herren, ta an der Notwendigkeit der geforderten 100proz. Erhöhung als Erstesminimum nichts auszusagen war, nichts einzulegen, was die längst zum alten Eisen gelegte Verteilung aller Arbeitgeber, daß sie sozial nicht zahlen könnten und ihre Erhöhen gefährdet würde. Diese Annahme des Rechts müßten sich bei der Schlichtungsausschuß nicht einen Angestellten nicht halten darf, wenn man ihm den zum Leben unbedingt nötigen Betrag nicht besorgen kann, das es also n e r c h t ist, wenn sie verlangen, daß ihnen zu Liebe, um ihnen eine ausreichende Erhaltung zu schaffen, die Angestellten Hungerlöhne laugen. Das Schiedsgericht hat den Angestellten die verlangte Erhöhung als Erstesminimum zugestimmt. Es sind danach für einen Bürovorsteher unter den oben angegebenen Voraussetzungen 660 M. monatlich, ein Gehilfe 450 M. und 25-jährigen Gehilfen bzw. Bürovorsteher 700 M. Dabei gelten nach dem Tarifvertrag nur solche Beamte als Bürovorsteher, die die Prüfen allein und verantwortlich bearbeiten, Klappen aller Art und jeden Umfanges ausarbeiten und dem Chef nur zur Genehmigung vorlegen, jede Rechnung aufstellen, Einrechnungen und Beschlüsse selbstständig einlegen und ausführen, Rechnungen stellen und verbuchen, alle den betragenen Schäfte, auch größeren Umfanges entwerfen usw., nicht zuletzt das Notariat und die Kasse führen. Dazu kommt der Verkehr mit dem Publikum. Der Bürovorsteher hat sozialen alles zu machen, wie es das Publikum schon aus Erfahrung kennt. Zur Ausführung einer solchen Stellung gehört ein reiches Wissen aus dem pädagogischen Leben und eine umfassende Gelehrsamkeit, was eine Verwendung vieler freier Tage zum Studium des Rechtsgebietes im Besonderen, aber an wenigstens helle andere Berufsgruppen dürften beratige Anforderungen gestellt werden. Dann werden sie aber jedenfalls entsprechend bezahlt.

Die jamalen Herren Rechtsanwalts haben es aber abgesehen, sich dem Schiedsgericht zu unterwerfen. So sieht es also in Wirklichkeit mit der Würde des Anwaltsstandes aus, die von diesen Herren überall mit Pathos herorgehört wird. Sie geht aber gleich zum Teufel, wenn sie besagen wollen.

Ein Vorbehalt der Hilfsangehörigen der hiesigen Stadtverwaltung.

Schon seit Wochen sind Betreibungen im Gange, durch die die Hilfsangehörigen ihrer Postlage in Verhandlung kommen werden müssen. Zwei einmütige Durchschüttel-einkommen für Verheiratete von 780 Mill. für Unverheiratete von 512 Mill. ist es kaum möglich, das Leben einigermaßen menschenlich erträglich zu gestalten. Verschärfend kommen und die Abzüge hinzu, so daß für obige Angehörige ca. 600 resp. 432 Mill. reines Einkommen übrig bleibt. Dem gegenüber stehen die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeiter und ständig Angestellten von 1050 bis 1200 Mill. Der Magistrat läßt bei den Verhandlungen erklären, daß er die Postlage und die ungedeckt niedrigen Gehälter anerkennt. Jedoch verweigert er die Hilfsangehörigen bei den Verhandlungen, daß die Stadt viele Gelder zur Erhöhung ihres Gehaltes übrig hätte. Es wird dabei von Seiten des Magistrats ermahnt, die Angehörigen möchten den Weg zeigen, wie die fehlenden Gelder erlangt werden können. Es ist eigenartig, daß der Magistrat die Angestellten zum Ratensatzraten auffordert. Die Hilfsangehörigen müssen ihre Arbeiten genau wie jeder andere der Verwaltung verrichten. Es ist demnach nur recht und billig, wenn die den Gehalt ihrer Mitarbeiter und dem notwendigen Lebensunterhalt entsprechend fordern. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtvorordneten am Montag, den 9. August, nachmittags 4 Uhr.

- Öffentliche Sitzung. 1. Sausbolsplan für 1920. a) Gehaltsvorlage mit Kap. I. b) Kap. V: Kapital- und Schuldenverwaltung. c) Kap. X: A. Stadtbauverwaltung. d) B. Oberrealschule. e) C. Reformrealgymnasium. f) D. Anonym nicht Städtische. g) E. Frauenchule. h) F. Volkshochschule. i) G. Gewerbe- und Kunstgewerbeschule. j) H. Realhöhere Schulen. k) L. Handwerker- und Kunstgewerbeschule. m) N. Gewerbliche Fortbildungsschule. p) N. Kaufmännische Fortbildungsschule. q) O. Handels-, Gewerbe- und Haushaltungsschule für Mädchen. r) Kap. XXIII: Gemeindeabgaben. s) Kap. XXIV: Anzeigennetz. t) XXV: Statutarisierung des Kap. IX - Kirchenwesen erforderlich Betrag. 2. Eintrag nach Kap. I: Eintrag auf Freilassung der 5. Steuerklasse für Kleintierbesitzer. 3. Erhebung über die Erhebung des Gemeindefürsorge zur Grunderwerbsteuer. 4. Zahlung einer entschädigung. 7. Erwerb der Ochsenfleisch. 8. Anschlag einer privilegierten Strafe an das Wasserrohrnetz in Ammendorf. 9. Ratensatzrechnung. 10. Vertilgung an der Treuband-Hilfsangehörigen. 11. Erhöhung der Gehaltszahlung der Mitglieder des Gewerbeausschusses. 12. Erhöhung der Entschädigung für die Mitglieder des Kaufmannsausschusses. 13. Änderung des Ortsstatuts über das Gewerbeamt. 14. Aufschlüsselung für das Gewerbeamt.

